

## Basel-Stadt und Baselland vereint: Utopie oder bald Imperativ?

Autor(en): Jürg Stöckli  
Quelle: Basler Stadtbuch  
Jahr: 2010

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/be8bd892-7f73-4150-9216-5e1aaa5cd2a6>

### Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform [www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

### Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

# Basel-Stadt und Baselland vereint: Utopie oder bald Imperativ?

## Die Partnerschaft ist und bleibt eine Notlösung

Jürg Stöckli

Erfolge und Misserfolge, Höhen und Tiefen sind sichere Konstanten in der Partnerschaft von Basel-Stadt und Basel-Landschaft, seit ihrer Verankerung in den beiden Verfassungen im Jahr 1974. Selten jedoch waren die Störungen, Vorwürfe, Schuldzuweisungen hüben und drüben so häufig und schwerwiegend wie in letzter Zeit: der einsame Ausstieg der BVB aus der gemeinsamen Trambeschaffung mit der BLT nach jahrelanger gemeinsamer Planung; die Streichung der neuen Buslinie Allschwil-Bahnhof SBB und das Nein des Grossen Rats zum Nordtangenzubringer Allschwil; die von Basel im Alleingang geplante Parkraumbewirtschaftung; die Forderungen aus Basel-Stadt nach Schliessung des Bruderholzspitals; der heftige Nachbarschaftsstreit wegen der Arbeitsvergabe beim Life-Sciences-Neubau der Universität; und ein sich anbahnender Konflikt, weil Baselland im aktuellen Budget das 300-Millionen-Projekt auf dem Schällemätteli nicht berücksichtigt – dies sind nur ein paar Beispiele, die Liste könnte verlängert werden.

Partnerschaftsquereien auf Nebenschauplätzen, gewiss, doch im Kleinen zeigt sich, was im Grossen Probleme macht. All diese Streitereien evozieren negative Emotionen und Verletzungen, bestätigen und festigen Feindbilder bei denen, die sie immer noch haben, und schaffen eventuell neue bei jenen, die der Partnerschaft wohlwollend gegenüberstehen. Dabei kann die Zusammenarbeit der beiden Basel über die Jahre hinweg durchaus auch Erfolge vorweisen: Universität, Fachhochschule, Kinderspital, Tarifverbund, Lufthygieneamt, Motorfahrzeug-Prüfstation und Umweltschutzgesetz – auch diese Liste könnte verlängert werden.

Nach den Fortschritten in den Bereichen Bildung und Gesundheit steht nun in den kulturpolitischen Verhandlungen der beiden Halbbrüder ein weiterer Kernbereich im Fokus. Basel-Stadt möchte seit Jahren, wie neu bei der Universität, eine gemeinsame Trägerschaft für das Theater Basel, Baselland wehrt ab. Immerhin hat der Landrat im Herbst zusätzliche siebzehn Millionen Franken für das Theater Basel beschlossen. Das letzte Wort hat allerdings das Volk. Sollten die Baselbieter dem Theater diese Aufstockung

für die nächsten vier Spielzeiten verweigern, ist der Dreipartnenbetrieb gefährdet. Die Stellungnahmen von SVP und FDP pro und kontra Ergreifung des Referendums lassen einen hoch emotionalisierten Abstimmungskampf erwarten und eine weitere Bewährungsprobe für die Partnerschaft.

Dass Baselland die paritätische Finanzierung des Theaters Mühe bereitet, darf nicht verwundern. Hier geht es nicht – wie bei der Universität oder beim Kinderspital – um klar ausweisbare Infrastrukturleistungen, sondern um ein Kulturprodukt, dessen Sinn und Nutzen sich der grossen Mehrheit nicht sofort erschliesst. «Ein Luxus, den wir uns nicht leisten können», «Baselstädtische Begehrlichkeiten ohne Ende», «Viel Steuergelder für eine kleine Minderheit»: Mit diesen plakativen Schlagworten macht das Referendumskomitee Stimmung gegen die zusätzlichen Theater-Millionen, und sie folgen dem bekannten Muster Baselbieter Abwehrreflexe. Die arroganten Städter wollen immer wieder Geld von Baselland; die baselstädtische Verwaltung arbeitet weniger effizient als die basellandschaftliche und kostet mehr; Basel hat eine Pensionskasse, die Weltspitze ist; die Stadt lebt auf zu grossem Fuss, stellt staatliche Leistungen bereit, ohne Baselland zu fragen, und fordert dann nachträglich Unterstützung von der Landschaft ein. Dem steht ähnlich stereotyp das Klagelied der Baselstädter gegenüber: Baselland profitiert von den Leistungen des Zentrums ohne adäquate Abgeltung, wie beim Theater Basel besonders offenkundig; bei etwa gleich viel Zuschauern aus beiden Kantonen zahlt das Baselbiet nur einen Bruchteil der Subventionen. Die Baselbieter sind Trittbrettfahrer; sie verdienen zu einem grossen Teil ihr gutes Geld in der Stadt und versteuern es auf der Landschaft.

Diese beidseitig kultivierten (Vor-)Urteile sind fest eingebraunt und so wirkungsmächtig, dass Differenzierung, Begründung und Ursachenforschung für die Verschiedenheit der beiden Halbkantone ignoriert werden. Trotz mannigfacher Verflechtung, demografischer Durchmischung und stetiger Aufweichung der Unterschiede von Mentalität und Lebensart streuen sie immer wieder Sand ins Getriebe der Partnerschaft. Aber seit der Kantonstrennung 1833 haben sich in den beiden Basel auch unübersehbar eigene Identitäten herausgebildet. Die Rückweisung des Baselbieter Kulturgesetzes mit dem Auftrag, zuerst in einem Leitbild die Grundsätze des eigenen Kulturverständnisses zu definieren, mag teils ein Vorwand sein, um das Portemonnaie nicht in Richtung Stadt öffnen zu müssen, doch es geht auch um das Selbstverständnis. Sollte sich dieses nach so vielen Jahren der eigenständigen Entwicklung nur in der Abgrenzung zur Stadt definieren können, so wäre das ein Armutszeugnis – die Stadt tut aber gut daran, solche Befindlichkeiten ernst zu nehmen.

Denn hier zeigt sich ein weiteres Hindernis in der Zusammenarbeit. Baselland hat zwar inzwischen die weitaus grössere Bevölkerung (275 000) und das Selbstbewusstsein ist gehörig gewachsen, dennoch ist ein unterschwelliger Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Stadtkanton nicht ganz verschwunden. Das Zentrum des Landkantons ist und bleibt Basel. Das wissen alle Baselbieter, und wenn sie auf einer Stadtführung



BVB-Haltestelle bei der Actelion in Allschwil

den Saal des Grossen Rates mit dem Landratsaal in Liestal (mit dem Charme einer besseren Schulaula) vergleichen, dann wird – auch wenn sich vor allem historische Grösse manifestiert – dieser Unterschied sofort klar. Die Kraft der Symbole darf nicht unterschätzt werden.

Die Partnerschaft der beiden Basel ist kräfte- und zeitraubende Knochenarbeit. Einiges spricht dafür, dass sie noch beschwerlicher wird. So werden kaum in naher Zukunft neue, zusätzliche Baselbieter Millionen in die Basler Staatskasse fliessen (wobei Partnerschaftsgeschäfte gerade mit ein Grund für die klammen Baselbieter Finanzen sind). Das Baselbiet kämpft gegenwärtig mit einem strukturellen Defizit von 120 Millionen Franken und steht vor einem milliardenhohen Investitionsberg. Angesagt ist ein rigoroses Sparpaket, es drohen gar Steuererhöhungen. Basel-Stadt hingegen schnürt zur gleichen Zeit ein Steuersenkungspaket von gut hundert Millionen – die Finanzkraft der Stadt mit den wesentlich höheren Steuereinnahmen ihrer Grossunternehmen tritt jetzt deutlich zutage und könnte zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Partnerschaft führen. Es erscheint möglich, dass sich die Steuerbelastung der beiden Halbkantone mittelfristig weiter angleicht. Denn die basellandschaftliche Bevölkerung wird immer älter (Basel hat die Spitze schon erreicht), und sinkenden Steuereinnahmen stehen künftig höhere Sozialausgaben für neue Alters- und Pflegeheime gegenüber.

Wer weiss, vielleicht ebnen die schwindenden Ressourcen den Weg zur Wiedervereinigung, wenn das Steuerargument der Baselbieter entfällt. Unter den neuen Vorzeichen erscheint ein Zusammenschluss der beiden Halbkantone, die sich beinahe idealtypisch ergänzen, noch zwingender als eh schon. Ein neuer Vollkanton mit nur noch einer Verwaltung könnte Doppelspurigkeiten abbauen, der Synergie-, Ressourcen- und Energiegewinn wäre enorm. Gegenüber dem Bund würde man endlich mit einer Stimme auftreten und dabei zweifellos an Gewicht zulegen. Die parteipolitische Polarisierung, hier die links-grün dominierte Stadt und dort die bürgerlich dominierte Landschaft, würde aufgehoben. Vielleicht würde in Basel sogar die Majorisierungsmacht des VPOD und der Staatsangestellten gebrochen, sicher nicht zum Schaden der Stadt.

Die Initiative zur Fusion muss klar von Baselland ausgehen. Weil jede Grenzverschiebung viel Energie und Zeit kostet, kann man von der gegenwärtigen Regierung kaum etwas erwarten. Umfragen haben allerdings mehr als einmal bestätigt, dass eine Mehrheit der Baselbieter Bevölkerung für eine Wiedervereinigung wäre. Nun sind Umfragen keine Volksabstimmung, doch gut vierzig Jahre nach dem letzten Urnengang sollte der Schritt gewagt werden. Ein Grosskanton Basel wäre eine Chance zum Aufbruch in der Region, mit einer neuen Identität für Stadt und Landschaft, jede und jeder mit dem eigenen Geschichtsbild, aber mit dem Bewusstsein, die Zukunft gemeinsam besser zu gestalten.